

PIRATENPARTEI BOCHUM

MIT MEHR

PEPP

PARTEIPROGRAMM KOMMUNALWAHL 2014



INHALT

PRÄAMBEL	3	BOCHUM 2.0	12
DEMOKRATIE 2.0	4	Öffentliche Hotspots	12
Einleitung	4	Aufbau eines Freifunknetzes	12
Bürgerportal	4	Anlasslose Videoüberwachung	12
Transparenz und Open Data	4	Regierungsbezirk Ruhrgebiet	12
Online-Petitionen	4	WIRTSCHAFT	13
Open Antrag	4	Bochum Aktie	13
SOZIALES	5	Vergabeverfahren	13
Freiheit, Vertrauen und Verantwortung	5	Gastronomie	13
Mitsprache bei sozialer Sicherung	5	UMWELT	14
Förderung des Ehrenamts	5	Nachhaltigkeit und Ökologie	14
Foodsharing	5	Fracking	14
Obdachlosigkeit	5	VERKEHR	15
BILDUNG	6	Einleitung	15
Medienkompetenz stärken	6	Fahrscheinloser ÖPNV	15
Förderung von Bildung und Integration	6	Ausbau ÖPNV	15
Digitale Geschichte für Alle	6	Sicherheit statt Überwachung	15
BÜRGERBETEILIGUNG	7	Kostenlose Parkplätze für Carsharing-Autos:	16
Einleitung	7	Elektrozapfsäulen für Carsharing Autos	16
Workshops	7	Fahrradfreundliche Stadt	16
Bürgerhaushalt	7	Metropolradruhr-Stationen an Bahnhöfen	16
Tag der Bürgerbeteiligung	7	Kostenloses WLAN im ÖPNV	16
BAUEN, WOHNEN UND LEBEN	8	MIGRATION UND INTEGRATION	17
Einleitung	8	Vielfalt und Akzeptanz	17
Bezahlbarer Wohnraum	8	Zivilgesellschaft stärken	17
Runder Tisch für Wohnraum	8	Beteiligung von Migranten	17
Erhalt der Stadtteilzentren	8	Willkommenskultur in Bochum	17
Schöneres Bochum	8	Personen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung	17
Öffentlicher Raum	8	Angemessene Haushaltsmittel für den Integrationsrat	17
Cannabis Social Club	9	Kommunales Wahlrecht ohne Berücksichtigung der Nationalität	17
Grillen	9	KOMMUNALE FLÜCHTLINGSPOLITIK	18
Hundesteuer	9	Menschenwürdige Unterkünfte für Flüchtlinge	18
FAMILIE UND JUGEND	10	Dezentrale Unterbringung	18
Familienfreundliches Bochum	10	Runder Tisch	18
Schaffung eines kommunalen Jugendbeirats	10	Zugang zum Arbeitsmarkt	18
Freiräume für Jugendliche	10	IT INFRASTRUKTUR IN DER VERWALTUNG	19
KULTUR	11	Einleitung	19
Einleitung	11	Freie Software in der Stadtverwaltung	19
Städteübergreifendes Kulturkonzept	11	Verschlüsselung von Behördenmails	19
Einrichtung eines Bürgerhauses	11	Ablehnung von De-Mail	19
Proberäume	11	Datenschutz in der Verwaltung	19
Kunst im öffentlichen Raum	11	Impressum	20

Wir sind Piraten!

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft im Interesse aller Menschen sind die Kernanliegen der Piratenparteien in ganz Europa, in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen - und natürlich auch bei uns in Bochum. Wir stehen für mehr direkte Bürgerbeteiligung, informationelle Selbstbestimmung, Transparenz in Politik und Verwaltung, das Recht auf freie Entfaltung jedes Einzelnen, freien Zugang zu Wissen und Kultur sowie soziale Teilhabe für jedermann. Als Teil der weltweiten Piratenbewegung setzen wir uns bereits jetzt erfolgreich in vielen Länderparlamenten, wie auch im nordrhein-westfälischen, für den freien Zugang zu Wissen und Kultur, informationelle Selbstbestimmung, die Wahrung der Grundrechte sowie den Schutz der Privatsphäre ein.

All dies sind auch auf kommunaler Ebene die Grundpfeiler einer demokratischen und freien Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Nur auf dieser Basis kann eine von den Bürgern getragene, sozial gerechte, freiheitlich-demokratische Grundordnung bewahrt werden. Damit wenden wir uns gegen eine Politik der Intransparenz und des übersteigerten Lobbyismus. In Bochum möchten wir in den kommenden sechs Jahren mit unseren Ideen und Werten helfen, die Gesellschaft von morgen mitzugestalten.



Einleitung

Der Stadtrat und die Bürgermeister bekommen ihre Macht von den Bürgern durch Wahlen nur auf Zeit verliehen. Sie handeln im Auftrag der Bürger. Was Politik und Verwaltung machen, muss deshalb für die Bürger als Auftraggeber transparent und nachvollziehbar sein. Von der Stadt geschlossenen Verträge bzw. beauftragten Gutachten müssen öffentlich und kostenlos zugänglich sein. Das gilt ebenso für die Unterlagen von städtischen Betrieben.

Wir Piraten setzen uns dafür ein, dass Bürger ein kontinuierliches Mitspracherecht in der Politik haben. Anwohner sollen ein Mitspracherecht an Entscheidungen bekommen, die sie betreffen und mithilfe des Internets wollen wir neue Formen der politischen Mitwirkung ermöglichen. So möchten wir auch gegen die weit verbreitete Politikverdrossenheit angehen.

Bürgerportal

Wir wollen eine zentrale Plattform schaffen, um allen Bochumer Bürgern die Kontrolle und Mitgestaltung der kommunalen Politik zu ermöglichen. Diese soll das bestehende Ratsinformationssystem ersetzen und aus dem bisherigen Register eine umfassende Schnittstelle zwischen Bürgern, Politikern und Verwaltung machen.

Unser Bürgerportal soll den Bürgern die Möglichkeit bieten, Verwaltung und Ratsmitglieder zu befragen, Online-Petitionen nach dem Vorbild der E-Petitionen-Seite des Deutschen Bundestags ermöglichen, Sitzungen des Stadt-

rats live übertragen und in einer Mediathek speichern (Rats-TV), die bisherigen Funktionen des Ratsinformationssystem übernehmen und darüber hinaus Daten der Stadt zur Verfügung stellen (Open-Data-Plattform). Es soll ein Hilfsmittel sein, um frühe Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, kommunale politische Diskussionen öffentlich auszuführen und Bürgern ermöglichen, darüber Anträge in den Stadtrat einzubringen.

Transparenz und Open Data

In Nordrhein-Westfalen haben die Bürger einen Anspruch darauf, von den Verwaltungen, auch von den Stadtverwaltungen, die dort vorhandenen Daten zu erhalten, solange keine wichtigen Gründe (dazu zählen Datenschutz und die Gefahr, dass ein anhängiges Verwaltungsverfahren beeinträchtigt wird) dagegen sprechen. Allerdings muss die Stadt diese Informationen bisher nur auf explizite Anfrage herausgeben. Wir setzen uns für eine weitergehende Transparenzverordnung nach dem Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes ein.

Damit müsste die Stadt alle geschlossenen Verträge, Gutachten, Statistiken und ähnliche Daten, über die sie verfügt und die sie veröffentlichen darf, im neu zu schaffenden Bürgerportal für jeden Bürger einsehbar veröffentlichen. Dabei ist es wichtig, dass die Daten in einer maschinenlesbaren Form veröffentlicht werden, damit sie von dafür erstellten Programmen automatisch ausgewertet werden können. Damit könnten viele hilfreiche Statistiken gewonnen werden. Wir fordern, dass diese Daten ohne Nutzungsbeschränkungen, also

gebührenfrei und auch frei für kommerzielle Verwertung veröffentlicht werden. Daten, die durch Steuergelder finanziert wurden, sollen auch allen Bürgern zugänglich sein.

Online-Petitionen

Wir wollen öffentlich einsehbare Petitionen über das Bürgerportal ermöglichen. Vorbild dafür sind die E-Petitionen des Deutschen Bundestags, die es ermöglichen, dass veröffentlichte Petitionen mitgezeichnet werden und beim Überschreiten der Marke von 50000 Mitzeichnern innerhalb von zwei Monaten in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses durch den Antragssteller vorgestellt werden können. Aufgrund der Einwohnerzahl Bochums schlagen wir eine Marke von 140 Mitzeichnern vor, ab der ein Anliegen in einer öffentlichen Ratssitzung durch den Antragssteller in einem maximal 30 minütigen Vortrag vorgestellt werden darf.

Open Antrag

Das Bürgerportal soll den Bürgern die Möglichkeit eröffnen, Antragsentwürfe zu veröffentlichen und zu diesen auch Diskussionen zu ermöglichen. Ziel ist es, dass Stadträte diese übernehmen und in den Rat einbringen können. Somit wird für die Bürger eine einfache Möglichkeit geschaffen, sich aktiv in die Kommunalpolitik einzubringen.

Freiheit, Vertrauen und Verantwortung

Die Piraten möchten den Menschen mehr Freiheiten eröffnen. Ein zentraler Punkt unserer Politik ist das Vertrauen in alle Menschen. Wir unterstellen ihnen nicht, dass sie diese Freiheiten missbrauchen. Wir streben ein gesellschaftliches Miteinander an, in der die Stadt der sozialen Verantwortung für ihre Einwohner gerecht wird. Zugleich sollen die Menschen in Bochum Verantwortung für ihre Stadt und ihre Mitmenschen übernehmen.

Mitsprache bei sozialer Sicherung

Aufgrund der Vielzahl an nicht nachvollziehbaren Entscheidungen der Jobcenter und der ständig wachsenden Zahl von Verfahren vor deutschen Sozialgerichten setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass dem Beirat der Jobcenter mindestens ein Vertreter der Erwerbslosen angehört. Außerdem wollen wir die Einrichtung eines sog. „Runden Tisches“ der Erwerbsloseninitiativen und Sozialverbände als Unterausschuss des Sozialausschusses der Stadt etablieren.

Förderung des Ehrenamts

Bochum lebt vom Engagement seiner Bürger. Jeder von ihnen kann nach seinen Fähigkeiten und Wissen zum Gemeinwohl beitragen. Aufgabe der Politik und Verwaltung ist es, gute Rahmenbedingungen für die ehrenamtlichen Tätigkeiten zu schaffen. Die Bevormundung der Menschen durch Regeln und Verbote soll auf das Nötigste reduziert werden.

Foodsharing

Sowohl in Supermärkten als auch in der Gastronomie werden Lebensmittel häufig aufgrund von abgelaufenen Mindesthaltbarkeitsdaten oder weil sie bei Veranstaltungen übrigblieben, achtlos dem Müll zugeführt.

Die Piraten fordern, dieser Verschwendung entgegen zu wirken. Dazu sollen Lebensmittelausgabestellen eingerichtet werden, in denen Speisen unentgeltlich abgegeben und abgeholt werden können. Die Speisen sollen mit deutlichen Hinweisen auf abgelaufene Mindesthaltbarkeitsdaten oder Standzeiten ausgewiesen werden. Die Lebensmittel müssen beim Eingang, aber auch stichprobenartig während der Ausgabe kontrolliert werden und bereits verdorbene Lebensmittel müssen aussortiert werden. Für die rechtlichen Rahmenbedingungen müssten hier Sonderregelungen getroffen werden.

Obdachlosigkeit

In Bochum leben Menschen, die über keine Wohnung verfügen. Diese Menschen leiden insbesondere in kalten Wintern darunter. Jährlich erfrieren Obdachlose. Das sind menschenunwürdige Umstände. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Stadt Obdachlosen, insbesondere im Winter, gebührenfreie Schlafstätten zur Verfügung stellt.

Medienkompetenz stärken

Die Piratenpartei setzt sich für die Förderung der Medienkompetenz in der Bevölkerung ein. Der Umgang mit dem Internet ist heute eine Schlüsselkompetenz zur gesellschaftlichen Teilhabe. Medienkompetenz muss in allen Altersstufen vermittelt werden, von Kindergärten über Schulen und Bürgerzentren bis zu Seniorenkursen.

Die Piratenpartei Bochum wird sich für ein breit angelegtes Angebot von regelmäßigen Schulungen zu digitalen Verschlüsselungstechniken und anonymem Surfen im Internet der Bochumer Einwohner einsetzen.

Förderung von Bildung und Integration

Wir wollen eine Beteiligung der Bochumer Bürger an der Auswahl der zu erwerbenden Werke der Stadtbücherei, auch sollen die Bürger an der Erarbeitung von Themenschwerpunkten maßgeblich mitwirken und somit wirklich durch ihre Nachfrage das Angebot entsprechend anpassen.

In diesem Zuge leistet die Stadtbücherei entscheidende kulturelle Integration: Verschiedene Kulturen können dargestellt und präsentiert, sowie verbindende Eigenschaften deutlich gemacht werden. So entsteht eine wertvolle Brücke für Bürger verschiedener Herkunft abseits der ausgetretenen und teils unwirksamen Pfade von „Integrationspolitik“. Bücher und Bibliotheken sind als ein Instrument von Bürgern und für Bürger für eine offene, gebildete und tolerante Gesellschaft zu platzieren, mit niederschweligen Angeboten ebenso wie mit hochschweligen Seminaren und Projekten.

Ferner wollen wir, dass die Volkshochschule zusätzlich zu den stationären Kursen vermehrt Fernlernveranstaltungen anbietet.

Digitale Geschichte für Alle

Wir unterstützen die Digitalisierung des Stadtarchives und aller weiteren Archive und Sammlungen in öffentlicher Hand sowie die kostenfreie Zugänglichmachung dieser Daten im Internet. Das Stadtarchiv im Besondern und städtische Sammlungen und Archive im Allgemeinen sind durch mangelnde Betreuung und kurze Öffnungszeiten für viele Menschen unbenutzbar, obwohl sie durch Steuergelder maßgeblich getragen und finanziert sind. Gerade Forschern oder interessierten Menschen von außerhalb Bochums wird hier das gigantische kulturelle Erbe Bochums zur Zeit effektiv vorenthalten. Digitalisierung und Verfügbarmachung schafft hier Abhilfe.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die „Bochumer Themen“ unter Creative Commons- oder Public Domain-Lizenz frei ins Netz gestellt werden und so der Gesellschaft komplett zur Nutzung und Weiterverwendung zur Verfügung stehen.

Einleitung

Demokratie ist für die Menschen da. Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, direkt vor der eigenen Haustüre, ist die Basis jeder Bürgergemeinschaft und des demokratischen Selbstverständnisses unserer Gesellschaft. Deshalb muss jeder die Möglichkeit erhalten, sich für seine Belange einzusetzen. Wir wollen diese Möglichkeit stärken, indem die Bürger bei kommunalen Projekten von Anfang an einbezogen werden. Die bisherige Situation ist die, dass Bürger eher zufällig auf Projekte aufmerksam werden, die sie betreffen. Das muss sich ändern! Bürgerbeteiligung muss ein selbstverständlicher Bestandteil jedes kommunalen Planungsprozesses sein. Dabei sollte die Bürgerbeteiligung nicht nur die Wähler umfassen, sondern alle Menschen, die in dieser Stadt leben, auch Jugendliche und Einwanderer.

Workshops

Die Einbeziehung der Bürger ist beispielsweise durch Workshops möglich, in denen Anwohner und potentielle Interessenten im Vorfeld der Planung von Stadtprojekten eingeladen werden. Bürger sollen so im direkten Kontakt mit Stadtvertretern Vorschläge zu dem jeweiligen Projekt vorstellen und mit Vertretern der Verwaltung diskutieren können. Die Vorschläge der Bürger müssen nicht nur angehört werden, sondern auch in den Entscheidungsprozess einfließen, also entsprechend abgewogen werden. Dafür ist es wichtig, dass alle Vorschläge veröffentlicht werden, zusammen mit einem Hinweis, ob und inwieweit sie in die endgültigen Vorlagen für den Rat einbezogen wurden.

Bürgerhaushalt

Die Piraten werden sich im Rat der Stadt Bochum dafür einsetzen, dass öffentliche Ausgaben von den Bürgern kontrolliert werden, denn die Haushalte der Stadt beinhalten viele Punkte, die in ihrer Ausgabenhöhe nicht durch gesetzliche Vorgaben eingeschränkt sind. Die Piraten wollen den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitspracherecht verschaffen, da sie der Auffassung ist, dass mehr demokratische Partizipation bei der Haushaltsgestaltung die Identifikation des Einzelnen mit seiner Stadt stärkt. Haushaltsentscheidungen erfahren bei einem Mitspracherecht der Bürger grundsätzlich eine höhere Akzeptanz als solche, die ohne direkte Beteiligung gefällt werden. Zusätzlich können Vetternwirtschaft und Korruption durch die deutlich erhöhte Transparenz bereits im Ansatz verhindert werden. Es gibt weltweit bereits zahlreiche Gemeinden und Städte, die ihren Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich diese Form der demokratischen Teilhabe ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle finanziellen und rechtlichen Verflechtungen der Kommune in verständlicher Form veröffentlicht werden. Dazu wollen wir eine Recherchemöglichkeit über das Bürgerportal einrichten. Wenn Zahlungsvorgänge nicht veröffentlicht werden dürfen (z.B. wegen des Steuergeheimnisses) oder anonymisiert werden müssen, wollen wir zumindest die Höhe der Beträge öffentlich bekanntgeben. Die hierfür notwendigen Daten aus dem NKf (Neues Kommunales Finanzmanagement) sind von der Stadtverwaltung in einem maschinenlesbaren und barrierefreien Form zur Verfügung zu stellen.

Tag der Bürgerbeteiligung

Wir schlagen einen jährlichen „Tag der Bürgerbeteiligung“ vor. Dieser soll dazu dienen, mehrere Bürgerentscheide zeitlich zusammenzulegen. Damit fallen für jeden einzelnen Bürgerentscheid geringere Kosten, z.B. für Wahlhelfer, an. Auch bietet ein solcher Tag der Bürgerbeteiligung Vorteile für Bürgerinitiativen, denn sie können so gemeinsam Unterschriften sammeln.

Einleitung

Für die Piraten ist Bochum eine Stadt der Vielfalt, die nicht nur aus der Innenstadt, sondern auch aus genauso wichtigen Stadtteilen besteht. Wir wollen, dass jeder Bürger in seinem Stadtteil eine Heimat finden kann. Wir wollen Viertel, in denen Menschen verschiedener Herkunft nicht separiert sind, sondern zusammenleben. Deshalb sind wir für bezahlbare Mieten und lebendige, bunte, bzw. durchmischte Quartiere mit Möglichkeiten der Nahversorgung statt Aus- und Abgrenzung.

Bezahlbarer Wohnraum

Es ist eine wichtige kommunale Aufgabe, ausreichend großen und bezahlbaren Wohnraum für alle bereitzustellen. Wir wollen, dass sich die Stadt verstärkt im, vor allem sozialen, Wohnungsbau engagiert und zwar über eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Wir halten die Beteiligung der Stadt an der VBW für unzureichend, da sie etwa zur Hälfte privaten Investoren gehört, deren Streben Gewinn und nicht das Gemeinwohl ist. Ein positiver Nebeneffekt einer kommunalen Wohnungsbauförderung ist, dass sie zugleich Wirtschaftsförderung ist.

Die Piraten Bochum setzen sich für einen gemeinsamen Aktionsplan ein, der auf kommunaler Ebene eine nachhaltige, sozial verträgliche und zukunftsfähige Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zum Ziel hat. Hierzu soll unter anderem die städtische Satzung, die geförderten Wohnungsbau ab einer bestimmten Projektgröße fordert, so angepasst werden, dass auch bei Bauvorhaben unter 100

Wohnungen ein prozentualer Anteil an Sozialwohnungen mit erstellt werden muss. Parallel dazu gilt es, die Reaktivierung von Baugenossenschaften, Baugruppen und anderen alternativen Formen zu rein gewinnorientierten Projekten zu fördern. Eine sozial gerechte Bodenordnung nach dem Vorbild von München, bei der die Stadt eigene Flächen nach sozialen Kriterien abgibt, sollte auch in Bochum geprüft und erlassen werden.

Runder Tisch für Wohnraum

Wir wollen einen „Runden Tisch für Wohnraum“ mit allen Beteiligten schaffen, um den Wohnungsbau schneller voran zu bringen. Insbesondere die Bürgerbeteiligung liegt uns hier am Herzen. Vorbild kann u.a. das Münchner Modell (20% sozialer Wohnraum in Neubauprojekten) für Wohnraum sein. Ungenutzter Wohnraum, auch in Form von verfallenden Gebäuden wie z.B. alte Schulen, müssen durch kommunale Unternehmen schnellstmöglich in neue Wohnungen umgewandelt werden.

Erhalt der Stadtteilzentren

Die Piraten Bochum setzen sich für den Erhalt der bestehenden Stadtteilzentren ein. Diese bieten den Menschen die Möglichkeit, vor Ort einzukaufen. Von ihnen profitieren insbesondere in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen. Stadtteilzentren bieten Chancen für wirtschaftliche Existenzgründungen. Die Ansiedlung von Geschäften „auf der grünen Wiese“ lehnen wir ab. Wir wollen die bestehenden Wochenmärkte als Gegenpol zu den oligopolen Supermärkten erhalten.

Schöneres Bochum

Die Piratenpartei setzt sich für die Verbesserung der innerstädtischen Raum- und Lebensqualität für alle Menschen ein. Nicht zuletzt auch angesichts der Gestaltung des demographischen Wandels kommt der barrierefreien Zugänglichkeit und Erreichbarkeit von ausreichend Sitzgelegenheiten und kostenlosen Toiletten eine besondere Bedeutung zu. Sie ist nicht nur eine städteplanerische Notwendigkeit, sondern ein tragendes Element eines zukunftsfähigen und attraktiven öffentlichen Raumes.

Öffentlicher Raum

Vor allem in der Bochumer Innenstadt gibt es eine bürgerferne Entwicklung, die den öffentlichen Raum fast ausschließlich zur geschäftlichen Nutzung vorsieht. Das führt dazu, dass - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nicht-bewirtschaftete Sitzgelegenheiten in der Bochumer Innenstadt rar geworden sind. Viele Bochumer Bürger verspüren den dringenden Wunsch, ausreichend große Teile des öffentlichen Raumes ohne Konsumzwang nutzen zu können. Wir Piraten wollen, insbesondere im Bermuda-Dreieck, wieder mehr öffentliche Sitzgelegenheiten schaffen, um Bochumer Bürgern die Möglichkeit zu bieten, sich auch ohne Konsumzwang unter freiem Himmel zu begegnen und am öffentlichen Leben teilzuhaben.

Wir widersprechen der Verdrängung von Gruppierungen und Verhaltensweisen aus zentralen Innenstadtbereichen aus Gründen der „sozialen Ästhetik“. Öffentlicher Raum ist für uns alle da und darf unserer Meinung nach auch freigenutzt werden, solange man nicht sich selbst oder andere gefährdet. Gegen bestimmte Ordnungswidrigkeiten gibt es bereits entsprechende Rechtsvorschriften. Ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen lehnen wir deshalb strikt ab.

Cannabis Social Club

Die Piraten Bochum wollen, dass die Stadt Bochum gemeinsam mit interessierten Bürgern einen Modellversuch zur Abgabe von Cannabis zur medizinischen Nutzung und als Genussmittel konzipiert und eine entsprechende Ausnahme genehmigung hierfür nach §3 (2) BtMG beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte beantragt. Wir schlagen einen Cannabis Social Club (CSC) vor. Dieser soll an einem gesicherten Ort nach bestimmten Regeln betrieben werden. Das Modellprojekt soll wissenschaftlich begleitet werden.

Die Stadt Bochum soll die Möglichkeit prüfen, einen Eigenbetrieb einzurichten, der Cannabis für den Verkauf anbaut. Dieser würde zu zusätzlichen Einnahmen für die Stadt führen. Ein weiterer Vorteil wäre, dass so eine legale Quelle für qualitativ hochwertiges Cannabis zur Verfügung stünde. Diese wäre unabdingbar für unser Modell des Cannabis Social Clubs.

Grillen

Die Bochumer Piraten lehnen Bestrebungen ab, das Grillen in Parks zu verbieten. Grillpartys auf öffentlichen Grünflächen sind Bestandteil städtischer Lebenskultur. Nicht jeder hat einen Garten, in dem Grillpartys durchgeführt werden können. Es dürfen nicht alle Grillfreunde in Sippenhaft genommen werden für einige wenige, die ihren Müll liegen lassen. Das Müllproblem lässt sich durch das flächendeckende Aufstellen geeigneter Müllbehälter sowie durch gezielte Maßnahmen gegen die Verursacher lösen.

Hundesteuer

Die Hundesteuer ist eine reine Luxussteuer. In Bochum schlägt sie pro Jahr mit 144 Euro für einen Hund zu Buche. Da es sich um eine Luxussteuer handelt, die die wirtschaftliche Kraft des Besitzers widerspiegeln soll, der Besitz eines Hundes aber längst kein Luxus mehr ist, sondern sich durch alle Bevölkerungsschichten zieht, empfinden die Bochumer Piraten diese Steuer als diskriminierend. So werden ausschließlich Hunde, nicht aber andere, in Anschaffung und Haltung erheblich teurere Tiere wie etwa Pferde oder Schlangen besteuert.

In den meisten europäischen Ländern ist die Hundesteuer flächendeckend abgeschafft. Lediglich in Deutschland und Österreich existiert sie noch. Es gibt keine Untersuchungsergebnisse, nach denen die Abschaffung zu einer starken Zunahme der Hunde geführt hätte. In Deutschland existieren mehrere Petitionen zur Abschaffung der Hundesteuer, die unter anderem auch von Tierschutzorganisationen wie Tasso sowie von zahlreichen Tierheimen unterstützt werden. Fraglich ist außerdem, ob die Einnahmen der Hundesteuer die Kosten ihrer Erhebung tatsächlich übersteigen. Die Piraten Bochum setzen sich daher für eine Überprüfung und ggf. eine Abschaffung der Hundesteuer in Bochum ein.

Familienfreundliches Bochum

Die kommunale Ebene ist die unmittelbare und daher am besten geeignete Plattform für Familienpolitik. Familie ist heute nicht mehr die beständige, fest gefügte Institution, von der die jetzige kommunale Familienpolitik oft noch ausgeht. Sie ist vielmehr ein dynamisches, oft auch fragiles Netzwerk persönlicher, generationenübergreifender Fürsorgebeziehungen.

Das Verbindende von Familie in ihren unterschiedlichen Formen ist, dass in ihr Menschen füreinander Verantwortung und die Sorge für das Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern übernehmen. Familienmitglieder betreuen, erziehen, sorgen und versorgen, organisieren den Alltag und stellen Gemeinschaft her. Gleichzeitig ist Familie verstärkt ein Ort für Aushandlungen geworden, an dem es darum geht, zwischen den Bedürfnissen der einzelnen Mitglieder zu vermitteln und diese in eine Balance zu bringen. Familie bildet sich so täglich aufs Neue, oft unter Rahmenbedingungen, die dem eher entgegenstehen als sie dabei zu unterstützen. Ziel der kommunalen Familienpolitik der Piraten Bochum ist es, diese Rahmenbedingungen gerade mit dem Blick auf die neuen Familienformen anzupassen und damit das unmittelbare Lebensumfeld sowie die Alltagsorganisation für Familien zu verbessern. Dieses soll mit einer Willkommenskultur für Kinder und Neugeborene, einem bedarfsgerechten Betreuungsmodell für Kinder, der Einführung eines verpflichtenden und kostenlosen letzten Kindergartenjahres und der Stärkung der Familienbildung durch offene Angebote für Kinder aus schwierigen Verhältnissen umgesetzt werden.

Schaffung eines kommunalen Jugendbeirats

Die Piraten sehen große Potentiale in kommunalen Jugendbeiräten. Diese können helfen, bereits bei Jugendlichen ein tiefes Verständnis von Demokratie zu fördern. Daher unterstützen wir die Schaffung eines Jugendbeirats, welcher die Interessen der Kinder und Jugendlichen repräsentiert und über bestehende Probleme und aktuelle politische Themen beraten soll. Die Mitglieder des Jugendbeirats sollen einmal im Jahr demokratisch von Schülern gewählt werden können. Vertreter der Jugendparlamente sollen eine beratende Stimme in Rat und Jugendhilfeausschuss erhalten. Anträge, welche durch den Stadtrat und seine Ausschüsse beraten werden und offenkundig die Rechte von Jugendlichen und Kindern betreffen, sollen zur Beratung in das Jugendparlament eingebracht werden. Dieses kann über den Antrag abstimmen und dem Stadtrat das Ergebnis der Abstimmung mitteilen.

Freiräume für Jugendliche

Der Alltag von Kindern und Jugendlichen wird im Zeitalter unseres verindustrialisierten Bildungssystems zeitlich und räumlich immer stärker reglementiert. Mehr Freiräume, altersgerechte Freizeitangebote und selbstbestimmte Entwicklungsmöglichkeiten sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein kinderfreundliches Bochum. Kindern und Jugendlichen muss wieder öfter die Möglichkeit gegeben werden, unter sich sein zu können oder einfach mal Kind sein zu dürfen. Die Piraten Bochum treten dafür ein, ungenutzte städtische Räume für kreative Eigeninitiativen mietfrei zur Verfügung zu stellen, Schulhöfe und Grünflächen jederzeit offen zu halten und mehr Jugendzentren als moderierte oder selbstverwaltete Institutionen mit von den Jugendlichen selbstbestimmten Öffnungszeiten zu betreiben. In diesen Freiräumen können sich dann die Kinder und Jugendlichen wieder ihre eigenen Zimmer im öffentlichen Raum schaffen, und ihr Alltag wird ein Stück entstress.

Einleitung

Das Kulturangebot hat eine hohe Bedeutung für die Standort- und Lebensqualität einer Kommune, doch die finanziellen Spielräume zur Kulturförderung sind stark begrenzt. Eine sinnvolle Kulturförderung orientiert sich deshalb an dem Ziel, die kulturellen Bedürfnisse der Bürger bestmöglich zu erfüllen. Eine verantwortliche Kulturpolitik muss bedarfsgerecht sein.

Städteübergreifendes Kulturkonzept

Wir Piraten wollen ein städteübergreifendes Kulturkonzept. Wir sehen auch im Kulturbereich Bochum nicht isoliert, sondern als Teil des Städteverbunds im Ruhrgebiet. Es kann nicht im Interesse der Bürger sein, teure Kulturangebote in der Region in unmittelbarer Nähe mehrfach vorzuhalten und in Kauf zu nehmen, dass sie auf diese Weise nicht ausgelastet sind. Stattdessen wollen wir im städtischen Kulturkonzept vermehrt die kulturellen Angebote in den umliegenden Städten berücksichtigen und das Gespräch suchen, um langfristig das Kulturangebot ruhrgebietsweit zu koordinieren und Synergieeffekte zu erzielen.

Einrichtung eines Bürgerhauses

Durch die anstehenden Schließungen von Schulen werden Schulgebäude in Bochum freigezogen. Die Piraten Bochum setzen sich dafür ein, dass ein Schulgebäude den Bochumer Bürgern als Bürgerhaus zur Verfügung gestellt wird. Ähnlich wie im Unperfekthaus in Essen oder dem Bürgerhaus Stollwerk soll es Kreativen und Schaffenden den Raum und die Möglichkeit bieten sich zu verwirklichen.

Proberäume

Bochum verfügt in naher Zukunft zwar über ein Musikzentrum, das als Spielort für die Bochumer Symphoniker zur Verfügung steht. Wenn Menschen in Bochum jedoch selbst Musik machen möchten, wird dies ein schwieriges Unterfangen. Die Wartelisten für Proberäume sind lang und oftmals erschöpft sich die Motivation selbst zu musizieren in der finanziellen Belastung und der langen Wartezeit.

Während mit dem Programm „Jedem Kind ein Instrument“ Kindern ermöglicht wird, das Spielen eines Instrumentes zu erlernen, wurde es bisher versäumt, Jugendlichen im Anschluss die Möglichkeit zu bieten, das Musizieren fortzusetzen, weil keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Um diesem Problem entgegen zu wirken, wollen wir geeignete Räumlichkeiten in nicht-genutzten städtischen Gebäuden sowie in den Schulgebäuden nach den Unterrichtszeiten als Proberäume zur Verfügung stellen.

Kunst im öffentlichen Raum

Kunst im öffentlichen Raum wird oftmals unverhältnismäßig kriminalisiert. Das wollen wir ändern! Die Stadt Bochum hat schon jetzt sehr gute Erfahrungen damit gemacht, Objekte für sogenannte „Graffiti-Sprayer“ zum Gestalten freizugeben. Dies führte dazu, dass die Graffiti-Szene diese Angebote wahrnahm und künstlerisch hochwertige Bilder entstanden. Konkret setzen wir uns verstärkt dafür ein, dass weitere Objekte in öffentlicher Hand für Künstler zum Gestalten freigegeben werden.

Kunst im öffentlichen Raum wie „Streetart“ und „Graffiti“ bereichern vielfach unser Stadtbild. Eine Entkriminalisierung führt unserer Ansicht nach zu qualitativ hochwertigen Werken, von der die Gemeinschaft profitieren kann. Eine Zusammenarbeit mit den Künstlern wird angestrebt, durch Seminare und Workshops lässt sich dies sogar kostengünstig mit aktiver Jugendarbeit verbinden. Des Weiteren setzen wir uns für einen urbanen Treffpunkt ohne Konsumzwang ein.

Öffentliche Hotspots

Die Bochumer Piraten wollen darüber hinaus dafür sorgen, dass in allen öffentlichen Einrichtungen und im Bereich der Innenstadt mittels Hotspots ein freier Internetzugang per WLAN angeboten wird. Mit diesen Hotspots werden nicht nur die Informationsmöglichkeiten im öffentlichen Bereich verbessert, sie leisten auch einen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit als Bildungs-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort. Über die Bereitstellung hinaus ist die Vernetzung der Hotspots untereinander umzusetzen und nach Möglichkeit in örtliche Freifunknetze einzubinden, um Interaktion, Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Aufbau eines Freifunknetzes

Die Bochumer Piraten wollen den Aufbau eines Freifunknetzes vorantreiben. Das auf der WLAN-Technologie basierende Netz ist unabhängig von staatlicher Kontrolle und Zensur und zeitlich unbegrenzt verfügbar. Freifunknetze sind in der Nutzung kostenfrei und ermöglichen daher auch sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten die Teilnahme am Netz. Hierzu ist die unentgeltliche Bereitstellung geeigneter Dachflächen zur Vernetzung bestehender Freifunkknoten erforderlich sowie die unentgeltliche Bereitstellung des Betriebsstroms. Seitens der Verwaltungen sind Dachflächen öffentlicher Gebäude bei Eignung bereitzustellen und die Erweiterung der Dachflächennutzung durch Förderangebote zu unterstützen. Wir werden im Rat und den Bezirksversammlungen eine enge Zusammenarbeit mit den Freifunkinitiativen anstreben.

Abbau anlassloser Videoüberwachung

Die anlasslose und pauschale Videoüberwachung im öffentlichen Raum dient lediglich der gefühlten Sicherheit und dringt unverhältnismäßig in die Privatsphäre der Menschen ein. Die Bochumer Piraten lehnen Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder in öffentlichen Gebäuden ab. Kameras bieten Opfern keinen Schutz und tragen nicht zum Abbau sondern höchstens zur Verlagerung von Kriminalität bei. Die Kosten für die Installation und die Auswertung der Aufnahmen stehen in keiner Relation zum Nutzen. Eine Umorientierung hin zu effektiven Lösungen wie z.B. besserer Straßenbeleuchtung und mehr Polizeistreifen ist erforderlich.

Regierungsbezirk Ruhrgebiet

Die verschiedenen Städte und Kommunen des Ruhrgebietes haben alle ähnliche Probleme. Bevölkerungsrückgang, angespannte Finanzlage, Strukturwandel der Industrie und eine Überalterung der Gesellschaft sind nur einige der drängenden Probleme unserer Zeit. Gleichzeitig ist das Ruhrgebiet aber nach wie vor eine der am dichtesten besiedelten Regionen Deutschlands und Europas, mit einer gut ausgebauten Infrastruktur, einem Netz von Hochschulen und Universitäten, hervorragend ausgebildeten Bürgern und einer starken Wirtschaft. Die Einführung eines eigenen „Regierungsbezirks Ruhrgebiet“ ist nach Ansicht der Piraten Bochum ein erster Schritt, um die Zusammenarbeit der Kommunen im Ruhrgebiet zu verstärken, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, gemeinsam an Problemlösungen zu arbeiten und gegenüber Land, Bund und EU als Ansprechpartner aufzutreten. Die Piraten Bochum sprechen sich daher klar für die Etablierung eines „Regierungsbezirks Ruhrgebiet“ aus und fordern eine Reform der Regierungsbezirke.

Bochum-Aktie

Wir wollen das künftig größtenteils leerstehende Gelände von Opel für Investoren attraktiv machen. Dafür werden wir eine Umwandlung der bereits bestehenden GmbH „Bochum Perspektive 2022“ vorantreiben mit dem Ziel, Unternehmensgründungen und -ansiedlungen anzuregen und Bürgern und lokalen Unternehmen die Möglichkeit zu geben, in die lokale Wirtschaft zu investieren. Die bereits gegründete GmbH soll in eine GmbH & Co. KGaA umgewandelt werden. Diese soll jungen Startups und mittelständischen Unternehmen günstige Arbeitsfläche zur Verfügung stellen, wenn sie sich im Bereich der ehemaligen Opel Werke ansiedeln. Die Unternehmen verpflichten sich, im Erfolgsfall einen bestimmten Prozentsatz des Gewinns an die GmbH & Co. KGaA abzuführen.

Diese Art der Finanzierung ist besonders interessant für innovative Unternehmensgründungen, beispielsweise von Universitätsabsolventen, die wir so langfristig an den Standort Bochum binden wollen. Auch kleine und mittelständische Unternehmen profitieren von der sehr guten Infrastruktur, die sie schon jetzt in Bochum und vor allem im Bereich des Opel Werksgeländes vorfinden. Den Bürgern soll in Form von Aktien eine direkte Beteiligung an den Gewinnen, aber auch Mitbestimmungsrechte bei der jährlichen Aktionärsversammlung ermöglicht werden. Die unternehmerische Freiheit der anzusiedelnden Unternehmen soll dabei ausdrücklich gewahrt bleiben.

Durch das Gewinnbeteiligungsmodell profitieren die Bürger und die Stadt Bochum langfris-

tig und nachhaltig von den Unternehmen. Es würden neue Arbeitsplätze geschaffen und das Potential des Wissensstandorts Bochum würde deutlich besser ausgeschöpft werden. Die erzielten Gewinne der GmbH & Co. KGaA kämen der Stadt selbst zugute, die so Einnahmen für den öffentlichen Haushalt generieren könnte, und zu guter Letzt auch den Bürger, die durch Aktien von den Gewinnen profitieren könnten.

Vergabeverfahren

Wir fordern, dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen alle Unterlagen öffentlich und barrierefrei im Bürgerportal einsehbar sind. Ebenfalls wollen wir – wie auch durch die EU gefordert – eine Neuausrichtung des Vergaberechts durch die verbindliche Integration von sozialen und ökologischen Standards in die öffentliche Auftragsvergabe und Beschaffung erreichen. Insbesondere legen wir Wert auf die Einhaltung des Mindestlohns in Höhe der Forderung der Piratenpartei Deutschland, die Verwendung von Fairtrade- bzw. regionalen Produkten, den Einsatz umweltschonender Maschinen und Geräte und die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung.

Gastronomie

Die Piraten setzen sich für vermehrte Hygienekontrollen in der Gastronomie ein. Die Ergebnisse der Kontrollen sollen im Bürgerportal publiziert werden. Des Weiteren befürworten wir eine sogenannte Hygieneampel, die gut sichtbar an Ladeneingängen gastronomischer Betriebe angebracht wird. So ist für den Kunden eine hygienische Unbedenklichkeit des zu besuchenden Ladenlokals leicht ersichtlich. Die in Bochum ansässigen gastronomischen Betriebe sollen bei der Umsetzung von Barrierefreiheit unterstützt werden.

Nachhaltigkeit und Ökologie

Wir fordern die Ausweitung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten, sowie den Einsatz von Schutzgebietsverantwortlichen. Die Planung für Wohnbesiedlung, Straßenbau und Industriegebiete hat so zu erfolgen, dass vorhandene schutzbedürftige Flächen nicht zerschnitten werden und deren natürliche Einheit erhalten bleibt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wohlstand unserer Kommune nicht nur finanziell definiert wird.

Die Grundlagen für ökonomisches und ökologisches Handeln müssen beachtet werden, um langfristig Wohlstand zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, Unternehmen zu bevorzugen, die strenge Kriterien der Nachhaltigkeit beachten. Die Piraten Bochum fordern die Umweltauflagen für die Unternehmen regelmäßiger und konsequenter zu kontrollieren. Die Ergebnisse der Kontrollen müssen barrierefrei und maschinenlesbar veröffentlicht werden.

Fracking

Wir lehnen Fracking ab. Hydraulic Fracturing, kurz Fracking, zur Gewinnung fossiler Energieträger ist eine Hochrisikotechnologie, die Wasser und Böden bedroht. Sollte es zu Leckagen kommen, können die im Frackingverfahren eingesetzten, gefährlichen Chemikalien ins Grundwasser gelangen. Das Grund- und Trinkwasser ist dann nicht mehr brauchbar. Das heißt für den Alltag, dass das Wasser zum Kochen, Wäsche waschen oder Duschen in Tankwagen herangefahren werden muss. Zudem steht Fracking der Umsetzung der Energiewende und dem Klimaschutz im Wege, denn die Klimabilanz des auf diese Weise geförderten Gases ist schlechter als die von Braunkohle. Fracking in Bochum, auch sogenannte Versuchsprojekte, werden wir nicht dulden.

Einleitung

Die Verkehrssituation in Bochum ist immer noch im Denken der Nachkriegsjahre gefangen. Für eine Verkehrsinfrastruktur von morgen müssen wir in Bochum Wege finden, um wegzukommen von überfüllten Straßen und Feinstaubbelastung in der Luft. Vorbilder sind für uns Städte wie Kopenhagen, die es geschafft haben, durch ein radikales Umsteuern ihrer Verkehrspolitik ihre Innenstädte wesentlich lebendiger und lebenswerter zu machen. Dafür wollen wir intelligente Verkehrskonzepte fördern, wie die Vernetzung von Verkehrsmitteln und Carsharing.

Die derzeitigen Bemühungen der Stadt sind nicht mutig genug und darüber hinaus ambitionslos. Die Nutzung von ÖPNV und dem Fahrrad muss einfacher und attraktiver werden. Unser Fernziel ist ein fahrscheinloser ÖPNV für die ganze Stadt. Mit einer modernen Verkehrspolitik sinkt die Kraftfahrzeugdichte in den Innenstädten ganz von selbst. Davon profitieren alle: die Anwohner und Besucher von einer in jeder Hinsicht gesünderen Umwelt, die Autofahrer durch entspannteres Fahren in einem stressarmen, durchlässigen Straßenverkehr. Die Stadt wird dadurch auch für junge Familien attraktiver, die sich so eher in Bochum ansiedeln werden.

Mittel- und langfristig rechnen sich die Investitionen in die ÖPNV- und Fahrrad-Infrastruktur, denn wie sich in anderen Städten gezeigt hat, werden teure Straßenabnutzungen reduziert und die Verbesserung der Luft und Bewegung wirken sich positiv auf die Gesundheit der Bürger aus. Bochum ist mit seinen vielen jungen Menschen und Studenten prädestiniert dazu, Leuchtturm für das Verkehrskonzept der Zukunft im Ruhrgebiet zu werden.

Fahrscheinloser ÖPNV

Die Piraten Bochum sind davon überzeugt, dass ein fahrscheinloser öffentlicher Personennahverkehr nicht nur für die Gesellschaft und Umwelt, sondern auch für die Wirtschaft langfristig einen Gewinn darstellt. Diese Maßnahme ermöglicht es, mehrere Ziele zugleich zu erreichen. Die Stadt als zusammenhängender Lebensraum wird aufgewertet, da in Ballungsräumen eine stärkere Nachfrage zu einem attraktiveren Angebot führen wird. Ebenfalls steigert der öffentliche Personennahverkehr zum „Nulltarif“ die Anziehungskraft unserer Stadt auf auswärtige Besucher. Wir sind für einen fahrscheinlosen ÖPNV in Bochum. Dieser darf nicht mit einem kostenlosen Angebot verwechselt werden. Der fahrscheinlose ÖPNV soll durch eine Umlage gemeinschaftsfinanziert werden.

Ausbau ÖPNV

Die Taktfrequenzen des ÖPNV sind auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger auszurichten und im Bedarfsfall zu verdichten. Wo und wann Fahrgelegenheiten benötigt werden, soll durch Bürgerumfragen ermittelt werden. Die Nachtexpress-Linien sollen künftig täglich und nicht nur in der Nacht zum Samstag, Sonntag und vor Feiertagen fahren. Einen barrierefreien Zugang zu den Bahnhöfen möchten wir bis 2020 anstreben. Um Busse und Straßenbahnen für den Weg zur Arbeit noch attraktiver zu machen, wollen wir in diesen stückweise ein kostenloses WLAN-Netz aufbauen. Dadurch kann man auf dem Weg zur oder von der Arbeit in Ruhe E-Mails lesen, arbeiten oder einfach nur im Internet surfen anstatt im Stau zu stehen und sich zu ärgern.

Sicherheit statt Überwachung

Die Verkehrsbetriebe versuchen, das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste in den Bussen und Bahnen durch den flächendeckenden Einsatz von Überwachungskameras zu steigern. In einer tatsächlichen Gefahrensituation können Kameras jedoch nicht eingreifen und Straftaten verhindern, sondern erleichtern lediglich die Strafverfolgung. Wir brauchen nicht mehr teure Scheinsicherheit, die jeden Bürger zum Verdächtigen abstempelt, sondern mehr und besser geschultes Personal, das auch auf Bahnhöfen und in den Fahrzeugen im Vorfeld schwere Straftaten verhindert.

Kostenlose Parkplätze für Carsharing

Um die Rahmenbedingungen für Carsharing in Bochum zu verbessern und die Hürden für die Nutzung von Carsharing-Angeboten abzubauen, wollen wir in Absprache mit den Betreibern der Angebote vor allem im Bereich der Innenstadt, an zentralen S-Bahn-, Straßenbahn- und U-Bahnhöfen, aber auch in den äußeren Stadtgebieten Parkplätze zu kostenlosen Parkmöglichkeiten für Carsharing-Angebote umwandeln und für diese reservieren. Wichtig ist uns dabei, dass alle Anbieter gleich behandelt werden. Diese Maßnahme ist für die Stadt kostenneutral und macht Carsharing attraktiver, weil durch die Nutzung die lästige Suche nach Parkplätzen und das Zahlen von Parkentgelt entfällt. Zudem ist es an solchen Punkten für Carsharing-Kunden leichter, ein Anschlussfahrzeug zu finden und die Vernetzung von Carsharing und ÖPNV ermöglicht vielen Leuten, auf ein eigenes Fahrzeug komplett zu verzichten. Durch diese Maßnahme hoffen wir, dass die Betreiber des Carsharing Angebots ihr Angebot in Bochum deutlich erweitern und durch die höhere Akzeptanz in der Bevölkerung von den derzeitigen zentralen Ausleihstationen zu dezentralen, über die ganze Stadt verteilten Abstellmöglichkeiten übergehen.

Elektrozapfsäulen für Carsharing

Carsharing-Angebote sind durch die meist kurzen Fahrstrecken und die langen Standzeiten prädestiniert für die Nutzung von Elektroautos. Um dieses Angebot anzuregen, wollen wir in Absprache mit Betreibern von Carsharing-Angeboten an zentralen, für Carsharing-Kunden reservierten Parkplätzen elektronische Auflademöglichkeiten kostenlos bereitstellen.

Fahrradfreundliche Stadt

Wir wollen durchgängige Verkehrswege für Fahrradfahrer in ganz Bochum, die Umwandlung von Parkflächen auf Gehwegen zu Fahrradwegen, mehr öffentliche Abstellflächen für Fahrräder, Haltegriffe für Fahrradfahrer an Verkehrsampeln und die gezielte Einrichtung von Tempo-30 Zonen an Stellen, an denen sich viele Fahrradfahrer die Straße mit Autofahrern teilen. Somit werden Anreize für Bürger geschaffen, auf das Fahrrad als Verkehrsmittel umzusteigen, wodurch letztendlich alle Bürger profitieren. Einsparungen sehen wir durch den Rückgang von nötigen Ausbesserungsarbeiten am Straßenbelag durch verringerte Nutzung von Autos, die mittel- und langfristig die Investitionen in ein Fahrradstraßennetz mehr als zurückerwirtschaften werden.

Metropolradruhr-Stationen an Bahnhöfen

Das Netz der Metropolradruhr-Stationen wollen wir ausbauen und besser mit dem ÖPNV verknüpfen. Dafür wollen wir Stationen zur Fahrradentleihe und -rückgabe an allen S-Bahn-Stationen und größeren Straßenbahn und U-Bahn-Stationen errichten. Dadurch fällt es Reisenden des ÖPNV leichter, zu ihrem Ziel zu gelangen und sie müssen für Ziele, die weiter entfernt von der Station liegen, nicht ihr Auto benutzen.

Vielfalt und Akzeptanz

Die Piraten Bochum stehen für Vielfalt und Akzeptanz. Bochum im Herzen des Ruhrgebietes hat eine lange Geschichte von Einwanderung und Veränderung hinter sich und ist heute bunter und vielfältiger als je zuvor. Dennoch wird immer wieder gegen verschiedene Gruppen gehetzt, welche als „Außenseiter“ angesehen werden. Ob die Hetze sich nun gegen Flüchtlinge richtet, Wohnungs- oder Erwerbslose, LGBT-Menschen oder Anhänger nicht-christlicher Religionen, besonders erschreckend ist hierbei der gewachsene Zuspruch von nicht geringen Teilen der Gesellschaft.

Zivilgesellschaft stärken

Initiativen aus der Zivilgesellschaft sind die wichtigste Möglichkeit, um Rassismus, Hass und Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen. Unter dem Motto „Wir sind Bochum – Nazis sind es nicht“ hat Bochum bereits klar ein Zeichen gegen Rechts gesetzt. Für einen effektiven Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und jede Art von Menschenfeindlichkeit müssen aber Projekte und Initiativen hier vor Ort mit Fördermitteln unterstützt werden. Die Piraten Bochum fordern eine Erhöhung dieser Fördermittel durch die Stadt Bochum, für eine tolerante, bunte und lebenswerte Stadt.

Beteiligung von Migranten

Migranten werden häufig bei Entscheidungen des Stadtrates und der Verwaltung nicht hinreichend berücksichtigt. Eine ausländerrechtliche Beratung der Ausländerbehörde unter Beteiligung von Migrantenorganisationen nach dem Vorbild anderer Städte in NRW ist nach Ansicht der Piraten Bochum ein erster Schritt, um besonders umstrittene Fälle menschlicher beurteilen zu können.

Willkommenskultur in Bochum

Die Piraten Bochum unterstützen eine Neuausrichtung des Ausländerbüros weg von einer rein ordnungspolitischen Sichtweise hin zu einer offenen und transparenten Willkommenskultur. Dafür sind alle gesetzlichen Spielräume zu nutzen, um die Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft zu erleichtern und zu fördern.

Personen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung

Eine Berücksichtigung der Interessen von Migranten in der Verwaltung kann nur gelingen, wenn das notwendige Wissen um andere Kulturen und Sichtweisen vorhanden ist. Die Piraten Bochum wollen daher eine stärkere Berücksichtigung interkultureller Kompetenzen als selbstverständlichen Teil der Ausbildung, Weiterbildung und Personalauswahl.

Angemessene Haushaltsmittel für den Integrationsrat

Die Umwandlung des Ausschusses für Migration und Integration in einen Integrationsrat bietet für Migranten eine größere Möglichkeit, ihre Sicht der Dinge im öffentlichen Raum zu vertreten. Die Piraten Bochum fordern daher eine angemessene Unterstützung durch Haushaltsmittel für den Integrationsrat.

Kommunales Wahlrecht ohne Berücksichtigung der Nationalität

Grundsätzlich ist eine politische Partizipation und Willensbildung ohne Möglichkeit einer Beteiligung an Wahlen schwierig. Die Piraten Bochum setzen sich daher für ein kommunales Wahlrecht ohne Berücksichtigung der Nationalität ein. Wer in Bochum wohnt, soll auch mitbestimmen können, wie es in Bochum weitergeht!

Menschenwürdige Unterkünfte für Flüchtlinge

Die Piraten Bochum sprechen sich für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in Bochum aus. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften oder sogar Containern ist für uns schlicht menschenunwürdig. Mangelnde Privatsphäre, kritische bauliche und sanitäre Zustände und eine mangelnde Integration in das Wohnumfeld bewirken massiven psychischen und physischen Stress für die Flüchtlinge. Gemeinschaftsunterkünfte erzeugen darüber hinaus Ängste bei der umgebenden Bevölkerung und stören so zusätzlich den sozialen Frieden.

Dezentrale Unterbringung

Das sogenannte „Leverkusener Modell“ der Stadt Leverkusen hat vorbildlich aufgezeigt, dass eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Privatwohnungen der Verbesserung ihrer Lebensqualität dient, eine leichtere Integration in die Gesellschaft ermöglicht und eine Ghettoisierung mit ihren inneren und äußeren Konflikten verhindert. Darüber hinaus senkt eine solche Unterbringung sogar die Kosten für die Kommune.

Ein mangelndes Angebot am privaten Wohnraum ist für die Piraten Bochum kein Argument. Sollte tatsächlich ein Mangel an geeigneten Wohnungen bestehen, so verstehen wir dies als dringenden Handlungsauftrag an die Stadt Bochum, verstärkt im sozialen Wohnungsbau tätig zu werden.

Die Piraten Bochum werden sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen Bereiche der kommunalen Verwaltung zusammen mit den Flüchtlingen, Vertretern von Wohlfahrtsverbänden und Migrantenorganisationen zusammen mit interessierten Bürgern ein Konzept zur Umsetzung der dezentralen Unterbringung erarbeiten. Nur durch eine breite politische und gesellschaftliche Akzeptanz kann die Umsetzung gelingen.

Runder Tisch

Hierbei orientieren sich die Piraten Bochum am erfolgreichen „Wuppertaler Modell“, das bundesweit Vorbildcharakter hat. Dieses Modell setzt auf einen runden Tisch aller beteiligten Organisationen wie Arbeitsagentur, kommunalen Behörden, Wohlfahrtsverbänden und Arbeitgebern. Die individuell äußerst unterschiedlichen Situationen werden an diesem runden Tisch erörtert, um die jeweiligen Menschen bestmöglich zu unterstützen. Je nach Bedarf wird bei der Vermittlung eines Arbeits- oder Ausbildungsplatzes geholfen, die Anerkennung oder Gleichsetzung von ausländischen Abschlüssen unterstützt, Sprachunterricht vermittelt oder ein Schulbesuch ermöglicht.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Die Piraten Bochum fordern die kommunalen Behörden auf, ihre vorhandenen Ermessensspielräume zu nutzen, um ausländischen Mitbürgern unabhängig vom Aufenthaltsstatus eine Teilnahme am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dies erleichtert den Menschen eine Integration in die Gesellschaft, bekämpft Vorurteile und Diskriminierung und aktiviert gleichzeitig vorhandene Potenziale. Durch eine positive Förderung statt einer negativen Ausgrenzung profitieren nicht nur die Betroffenen selbst enorm, sondern ebenso die lokale Wirtschaft, unsere sozialen Sicherungssysteme und das gesellschaftliche Leben insgesamt in Bochum.

IT INFRASTRUKTUR

IN DER VERWALTUNG

Einleitung

Wir fordern, die städtische IT-Infrastruktur besser und sicherer zu machen. Mit freier Software wollen wir die Stadtkasse entlasten, regionale Unternehmen unterstützen und uns unabhängig von großen Softwareunternehmen machen. Zudem werden so die Daten der Bochumer Bürger besser geschützt. Dieses Kernanliegen der Piratenpartei wollen wir auch in anderen Bereichen der IT-Infrastruktur umsetzen.

Freie Software in der Stadtverwaltung

Die Piraten stehen für den Einsatz von freier Software in der Verwaltung, wo immer dies sinnvoll möglich ist. Hierzu zählt insbesondere der Einsatz von freier Software wie dem Betriebssystem Linux, der Büroanwendung Open Office oder dem Internetbrowser Mozilla Firefox nach dem erfolgreichen Vorbild der Stadtverwaltung München (LiMux-Projekt). Die Umstellung soll schrittweise im Rahmen von Ersatzinvestitionen erfolgen. Dieses Modell hat sich in anderen Städten bereits gut bewährt und führt dazu, dass im Haushalt eine bedeutende Summe für Softwarelizenzen eingespart werden kann.

Auch kann der Support durch Unternehmen in der Region statt durch internationale Großkonzerne geleistet werden. Durch die Verwendung offener Datenformate muss sich kein Bürger teure Programme anschaffen, um mit der Verwaltung zu kommunizieren.

Verschlüsselung von Behördenmails

Im Zeitalter der allumfassenden Überwachung ist ein Schutz vor Ausspähung besonders wichtig, deshalb setzen wir uns für den konsequenten Einsatz von freier Verschlüsselungssoftware in der Stadtverwaltung ein. Die Stadt soll den Bürgern für jede Kommunikation mit ihr einen sicheren Kanal zur Verfügung stellen. Dazu zählt beispielsweise die Verschlüsselung von E-Mails.

Ablehnung von De-Mail

Wir lehnen De-Mail ab, da es sich um ein System handelt, das erhebliche technische und Verbraucherschutzmängel aufweist. Deshalb soll es von der Stadt Bochum so wenig wie möglich und nur in dem gesetzlich vorgeschrieben Rahmen eingesetzt werden.

Datenschutz in der Verwaltung

Die Piratenpartei setzt sich für eine Gesellschaft ein, die auf gegenseitigem Grundvertrauen aufbaut. Wir finden, die Stadt soll sich aus dem Privatleben der Bürger heraushalten.

Wir fordern Datensparsamkeit in der Verwaltung und wollen, dass die Stadt verantwortungsvoll die Freiheit ihrer Einwohner schützt.

**Piratenpartei Deutschland
Kreisverband Bochum
Postfach 10 19 67
44719 Bochum**

www.piratenbochum.de

V.i.S.d.P: Achim Wilde

